



Jürgen Kucharczyk
Mitglied des Deutschen Bundestages

Jürgen Kucharczyk MdB · Unter den Linden 50 · 10117 Berlin

An die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berliner Büro
Unter den Linden 50
10117 Berlin
☎ (030) 227 – 71133
☎ (030) 227 – 76597
✉ juergen.kucharczyk@bundestag.de

Wahlkreis
Elberfelder Str. 39, 42853 Remscheid
☎ (02191) 493 – 115
☎ (02191) 461 – 8099
✉ juergen.kucharczyk@wk.bundestag.de

Wahlkreis
Birkenweiher 26, 42651 Solingen
☎ (0212) 645 – 6810
☎ (0212) 645 – 6830
✉ juergen.kucharczyk@wk2.bundestag.de

Berlin, 14. Januar 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Brutalität der Münchener Täter – aber nicht nur dort - bringt uns alle ins Grübeln. In der Debatte über wirksamere Strafen für gewalttätige Jugendliche wird innerhalb der CDU der Ruf nach längeren Haftzeiten laut. Sogenannte Boot-Camps zur Läuterung und Erziehung der Delinquenten scheinen die Lösung der Probleme zu sein und sind plötzlich wieder in aller Munde.

Ich möchte Euch auf ein Modellprojekt aufmerksam machen, welches seit vielen Jahren in meinem Wahlkreis erfolgreich läuft. Sicherlich gibt es auch in euren Wahlkreisen eine Vielzahl von Projekten, die sich etabliert haben.

Das in Remscheid realisierte Projekt der Ordnungspartnerschaft ist ein gutes Beispiel für eine funktionierende Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, Jugendämtern und weiteren Institutionen, wie z.B. Schulen. Ziel der Maßnahme ist der kurze Weg der Informationen der Institutionen untereinander. Es folgen in der nächsten Stufe die so genannten „Diversionstage“, wo sichergestellt wird, dass die Straftäter – bei geringfügigen Delikten wie z.B. Kaufhausdiebstahl - sofort nach der Tat bei der Polizeiwache vorstellig werden müssen, um somit eine direkte Bestrafung zu ermöglichen, oder bei schwereren Delikten innerhalb weniger Wochen dem Jugendschöffengericht zur Verhandlung übereignet werden.

Eine unmittelbare Verurteilung auf eine Tat ist für die Mehrzahl von Jugendlichen ein einschneidendes und nachhaltiges Erlebnis, insbesondere wenn die Tat nicht mit Sozialstunden abzugelten, sondern wenn der Jugendarrest das Strafmaß ist. Eine wichtige begleitende Maßnahme bei Bewährungsstrafen ist das Anti-Aggressionstraining. Bei der überwiegenden Zahl von Jugendlichen, die zum ersten Mal „beim Austesten ihrer Grenzen“ aufgefallen sind, ist das gerichtliche Verfahren allein heilsam. So sind laut Jugendamt in Remscheid seit April 2000 im Rahmen des Projektes nur wenige der 1700 jungen Ersttäter wieder auffällig geworden. Das die Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern seit Jahren nur bei rund zehn Prozent liegt, wird von allen Verantwortlichen, der besonderen Zusammenarbeit im Rahmen der „Gelben Karte“ – so der heutige Name des Projektes - zugeschrieben.



Erfolgreich ist auch ein weiteres ergänzendes Projekt, in dem ehrenamtliche Betreuer verurteilte jugendliche Wiederholungstäter begleiten. Sie sollen sicherstellen, dass die Jugendlichen schulischen und beruflichen Halt und Hilfe finden.

Richtig ist, dass überdurchschnittlich viele Jugendliche mit Migrationshintergrund straffällig werden: 2005 waren 22,5 Prozent aller Tatverdächtigen dieser Gruppe zuzuordnen, während der offizielle Ausländeranteil in Deutschland nur bei 8,8 Prozent liegt. Berücksichtigt werden muss dabei, dass hier lebende Ausländer häufig in Städten wohnen, über wenig Bildung und Einkommen verfügen und im Schnitt jünger sind: Diese Faktoren erhöhen auch bei deutschen Staatsbürgern, statistisch betrachtet, die Gefahr, kriminell zu werden.

Präventive Maßnahmen wie in der Jugendhilfe in Kooperation mit Schule und Sport sind sinnvoll, jedoch personalintensiv und somit kostenträchtig. Für gefährdete Jugendliche, insbesondere vor dem 14. Lebensjahr, fehlen Projekte.

Auch Roland Koch muss sich vorhalten lassen, in Sachen Prävention und Strafverfolgung massiv gespart zu haben. Laut Polizeigewerkschaft hat Koch seit 1999 700 Polizeistellen gestrichen. Neben der Justiz wurden zudem freie Träger geschöpft, die sich intensiv um Täter und Opfer kümmern.

Ein höheres Strafmaß – wie von der CDU gefordert – ist nur scheinbar ein Lösungsweg. Den gewünschten Erfolg bringt es nicht, zumal aus der Praxis bekannt ist, dass es Gewalttäter nicht abschreckt. 80 Prozent der jugendlichen Straftäter werden innerhalb von vier Jahren nach ihrer Entlassung wieder straffällig. Experten sind sich einig: Je länger die Haftdauer, desto schlechter die Prognose. Auch „Warnschuss-Arreste“ sind kontraproduktiv, weil die Knast-Subkultur kriminelle Karrieren befördert. Vielmehr belegen die Erfahrungen, dass es viel wichtiger ist, unmittelbar nach einer Tat zu reagieren. Wenn junge Menschen erst 1 - 2 Jahre nach der Tat zur Rechenschaft gezogen werden, ist der Erfolg von Strafen äußerst fraglich. Zeugen können sich an den Tathergang kaum erinnern und bestraft werden kann nur derjenige, dem die Tat nachgewiesen ist.

Für uns Sozialdemokraten ist klar: Die bereits jetzt bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten, kriminelle Taten zu bestrafen, reichen vollkommen aus. Sie müssen aber konsequent von den Gerichten genutzt werden. Es darf keine Toleranz gegenüber Gewalttätern geben. Straflager nach Vorbild der amerikanischen Camps sind indes die falsche Antwort auf die vielschichtigen Ursachen einer Tat. Die Persönlichkeit eines jungen Menschen zu brechen ist der falsche Weg. Die Ursachen für die Entgleitungen der Jugendlichen sind tiefgründiger. Kinderarmut sowie die Chancen- und Perspektivlosigkeit von Jugendlichen müssen wir durch Investitionen in Bildung und Ausbildung bekämpfen und beseitigen. Viele Kinder und Jugendliche erfahren zu Hause, dass Konflikte mit Gewalt gelöst werden. Sozialarbeiter sollten daher früh eingesetzt werden, um einem Klima der Gewalt bereits unter Kindern entgegenzuarbeiten. Ein Netzwerk aus Jugendhilfe, Schule, Sport und weiteren Institutionen ist der richtige Ansatz. Eine Re-Sozialisierung von Jugendlichen ist ungleich schwieriger zu gestalten. Jugendstrafeinrichtungen, in denen drei und mehr junge Menschen in einer Zelle untergebracht sind, dienen sicherlich nicht der Resozialisierung, sondern bilden häufig den Startpunkt krimineller Karrieren. Bildung ist auch hier der richtige Ansatz und sollte grundsätzlich die Möglichkeit beinhalten, im Strafvollzug den schulischen Abschluss nachzuholen oder einen Ausbildungsberuf zu erlernen.



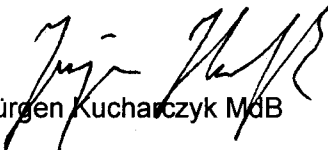
Jürgen Kucharczyk
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 14. Januar 2008

Am Beispiel Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp - wie es Lothar Kannenberg im hessischen Diemelstadt seit einigen Jahren betreibt - wird deutlich, dass nur dann eine Chance auf Resozialisierung bei jungen Straftätern besteht, wenn Langeweile und Müßiggang keinen Platz haben, die Täter aus ihrem Milieu herausgelöst und damit dem Einfluss ihrer Umgebung entzogen werden. Ein geregelter Tagesablauf ist die notwendige und wichtige Voraussetzung, um die Wiedereingliederung in die Gesellschaft nachhaltig zu sichern.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde mich freuen, wenn wir uns in der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam für eine Stärkung von Projekten einsetzen, die eine gute und effektive Alternative zur Verschärfung des Jugendstrafrechts darstellen. Für weitere Informationen zum Projekt „Gelbe Karte“ und zur Herstellung eines Kontaktes stehe ich Euch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Kucharczyk MdB